

Kummelsburger Zeitung

Erscheint wöchentlich 6 mal mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,60 RM., 14 tägig 80 Pfg. für Abholer; 1,80 RM. monatlich, 90 Pfg. 14 tägig frei Haus; 1,60 RM. und 25 Pfg. Ueberwettungsgebühr monatlich durch die Post freibleib. Bei Betriebsstörung, Verbot und Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung der Bezugs- oder Anzeigengebühr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Geschäftsstelle, Marktstr. 3 Fernsp. 216, entgegen.

Anzeige-Blatt

Anzeigen kostet die 45 mm breite Zeile 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 60 Pfg., werden bis 9 Uhr vorm. des Erscheinungstages angenommen. Größere Anzeigen müssen am Tage vorher bis 4 Uhr nachm. aufgegeben sein. Für telef. übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. Bei groß. Aufträgen u. Wiederholungen gewähren wir entsprechende Ermäßigung. Bei Zahlung nach Fälligkeit, zwangsweiser Einziehung, Geschäftsaussicht, Konkurs fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort u. Gerichtsstand Kummelsburg i. P.

für den Kreis Kummelsburg und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Schriftleiter: Alfred Hahn, Kummelsburg (Pom.)

Druck und Verlag: Otto Hafert Inh. Curt Hafert, Kummelsburg (Pom.)

Nr. 34 — 1929

Kummelsburg i. Pom., Sonnabend, den 9. Februar

45. Jahrgang

Das Rumpfkabinett regiert weiter.

Schägel und Severing übernehmen Guérards Amt.

Berlin. Die im Rumpfkabinett verbliebenen Minister traten am Donnerstag vormittag zu einer Erörterung über die durch den Rücktritt des Reichsverkehrsministers geschaffene Lage zusammen. Ueber die Beratung wurde folgende Verlaufbarung bekanntgegeben:

Das Reichskabinett beschäftigte sich mit der durch den Rücktritt des Reichsverkehrsministers v. Guérard geschaffenen Lage. Das Kabinett war einmütig der Ansicht, daß die außen- und innenpolitische Lage und insbesondere die unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen über die Reparationsfrage der Reichsregierung die Fortführung der Geschäfte auf der Grundlage der Regierungserklärung vom 3. Juni v. J. zur unmittelbaren Pflicht machen.

Der Reichskanzler erstattete alsdann dem Reichspräsidenten über die Auffassung des Kabinetts Bericht. Der Reichspräsident trat dieser Stellungnahme vollkommen bei und genehmigte das Rücktrittsgesuch des Reichsverkehrsministers v. Guérard. Er beauftragte, entsprechend dem Vorschlag des Reichskanzlers, den Reichspostminister Dr. Schägel mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsverkehrsministers und den Reichsminister des Innern, Severing, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete.

Durch den Austritt des Reichsverkehrsministers von Guérard aus dem Reichskabinett ist das bisherige Kabinett, das sich wenigstens äußerlich auf die Parteien der Großen Koalition stützte und auf eine Mehrheit im Reichstage in den entscheidenden Fällen immer rechnen konnte, zu einem Rumpfkabinett geworden, das nur noch eine Minderheit des Reichstages vertritt. Das Kabinett hält vorläufig die durch den Austritt des Reichsverkehrsministers von Guérard entstandene Krise für erledigt.

Man hatte schon im Reichstag damit gerechnet, daß die Bayerische Volkspartei jetzt ihren Minister aus dem Kabinett zurückziehen werde. Offenbar will aber die Bayerische Volkspartei die weitere Entwicklung der Verhandlungen über die Biersteuer zu nächst abwarten. Das Zentrum hat offiziell angekündigt, daß es nunmehr dem Rumpfkabinett gegenüber in die Opposition eintreten werde und daß es die Schritte des Kabinetts „sorgsam überwachen“ wolle.

In Preußen ist man pessimistisch.

Wie man aus parlamentarischen Kreisen des Reichstages hört, glaubt man nicht, daß die Bemühungen des preussischen Ministerpräsidenten Braun auf Umgestaltung des Preußenkabinetts von Erfolg begleitet sein werden. Das würde also bedeuten, daß sich die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages versagen wird. Die Zentrumsfraktion des Reichstages will in scharfer, aber sachlicher Opposition zur Regierung stehen, um so die Wünsche des Zentrums durchzusetzen.

Der preussische Ministerpräsident wird am Freitag noch einmal die Führer der preussischen Regierungsparteien zu einer Besprechung der Koalitionsfrage in Preußen versammeln. Man nimmt aber vor allem beim Zentrum an, daß eine Möglichkeit zur Bildung der Großen Koalition in Preußen sich dabei nicht herausstellen wird.

Erklärung der Deutschen Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht zur politischen Lage folgende Erklärung: „Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Beschluß der Zentrumsfraktion, ihren Minister aus der Reichsregierung zurückzuziehen. Sachliche Gründe für diese Entscheidung vermag sie nicht anzuerkennen. Die Fraktion begrüßt den Entschluß des Reichskabinetts, in dieser verantwortungsvollen Stunde im Amt zu verbleiben. Sie hält sich nach Ausscheiden des Zentrums für doppelt verpflichtet, in der Reichspolitik dafür zu sorgen, daß bei dem notwendigen Ausgleich die Interessen der nicht durch die Sozialdemokratie vertretenen Volksteile gewahrt bleiben.“

Der Schritt des Zentrums im Spiegel der Presse.

Dadurch, daß das Zentrum seinen Minister aus dem Kabinett zurückgezogen, ist die Stellung des Reichskabinetts, wenn auch nicht erschüttert, so doch erheblich geschwächt. Dieser Entschluß des Zentrums, zwei Tage vor Beginn der Reparationsverhandlungen in Paris, hat bei allen Parteien große Befürchtung hervorgerufen, da man gewünscht hätte, daß sich die deutschen Delegierten auf eine starke Regierung stützen könnten.

Die „Germania“, das Zentralorgan des Zentrums, umschreibt die künftige Haltung des Zentrums folgendermaßen: Das Zentrum ist gewohnt, seine Schritte abzuwägen, und es wird diese Gewohnheit auch in der kritischen, völlig ungebundenen Stellung beibehalten, die es von nun an zum Kabinett Müller einnimmt. Es wird sachlich, ruhig, aber sicher und bestimmt eine Politik verfolgen, die nicht davor zurückschreckt, die Regierung überall anzupacken, wo sie sich Blößen gibt.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ beurteilt die Lage: Wir nehmen an, daß der Rücktritt Guérards für erste keine Gesamtkrise heraufbeschwören wird. Aber das Zentrum, das sich schon bisher nicht als hundertprozentig gebunden betrachtete, hat nun vollständig freie Hand. Inwiefern dadurch die Aussichten für das Zustandekommen der Einigung im Reich und in Preußen gebessert sein sollen, bleibt das Rätsel des Zentrums. Für die nächsten Wochen scheinen sie uns jedenfalls nicht gegeben, und wie man über Etat und Steuern hinwegkommen soll, ist einstweilen zweifelhaft.

Auf jeden Fall hat es das Zentrum in der Hand, das Kabinett Müller bei irgendeiner ihm günstig erscheinenden Gelegenheit zu stützen.

Im „Berliner Tageblatt“ schreibt Dr. Ernst Feder: Niemand im Volk wird es verstehen, daß eine Partei wie das Zentrum unmittelbar vor einer über die deutsche Zukunft vielleicht entscheidenden internationalen Konferenz die Regierung im Stich läßt, daß es in einem Augenblick desertiert, da die Reichsregierung vor schwerste politische Entscheidungen der Wirtschaft, der Finanzen und des Staatsrechts gestellt ist.

Der „Berliner Total-Anzeiger“ nennt es ein eigenartiges Schauspiel, die Volkspartei allein mit den Demokraten und den Sozialdemokraten in der Reichsregierung sitzen zu sehen. Mehr denn je ist die Volkspartei in der Regierung in hoffnungsloser Minderheit gegenüber dem Marxismus. — Die „Deutsche Zeitung“ sieht in dieser Krise den Beginn der Krise des parlamentarischen Systems überhaupt, der Krise des Staates und seiner Verwaltung.

Frankreich und der Kelloggpaakt.

Paris. Im Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten erstattete der radikale Abgeordnete Col seinen Bericht über den Kelloggpaakt. Frankreich sei unaufhörlich für den Frieden eingetreten. Durch Verzicht auf den Krieg hätten sich die Unterzeichner des Kelloggpaktes zu einer friedlichen Regelung aller Konflikte verpflichtet. Der Paakt müsse ein Schritt weiter zum obligatorischen Schiedsgerichtsverfahren sein oder er werde überhaupt nichts bedeuten. Der Vorsitzende des Ausschusses, Paul-Boncour, kündigte an, daß der Kelloggpaakt voraussichtlich Ende des Monats vor das Plenum kommen werde.

Auch Polen ratifiziert.

Warschau. In einer Sitzung hat der polnische Sejm nach einem Exposé des Außenministers Zaleski einstimmig in zweiter und dritter Lesung den Gesetzesvorschlag über die Ratifizierung des Kelloggpaktes angenommen.

Polnische Manöver in London.

Die Aufrollung der Minderheitenfrage kann für Polen unangenehme Auswirkungen haben.

Zu einer Demarche des polnischen Gesandten in London beim englischen Auswärtigen Amt über den deutschen Antrag zur Minderheitenfrage vor dem Völkerbunde wird von unterrichteter deutscher Seite bemerkt, daß der innere Grund für diese polnische Demarche lediglich in der Befürchtung liegen könne, daß die Aufrollung der Minderheitenfrage durch den deutschen Antrag für Polen unangenehme Auswirkungen haben könne. Infolgedessen habe man es mit einem polnischen Manöver zu tun, um den deutschen Antrag zu sabotieren. Juristisch sei Polen zur Einhaltung der eingegangenen Verträge verpflichtet und könne die Einhaltung nicht davon abhängig machen, daß erst andere Länder diese Verträge annehmen.

Sollte Polen jedoch die Absicht haben, eine Erörterung des Minderheitenproblems auf noch breiterer Basis durchzuführen, so habe Deutschland nichts dagegen. Die Reichsregierung habe niemals abgelehnt, sich an einer internationalen Regelung der Minderheitenfrage zu beteiligen. Wie liberal die Auffassung Deutschlands sei, bezeuge bereits die deutsche Schulverordnung für Minderheitenschulen. Polen, das seine Minderheiten bedrücke, habe durchaus kein Anrecht, sich als Betreuer der Minderheiten aufzuspielen.

Das Steuervereinheitlichungsgesetz.

Das sechs Steuergesetzentwürfe umfassende, unter dem Namen „Steuervereinheitlichungsgesetz“ zusammengefaßte Reformwerk unserer gesamten Steuergesetzgebung ist vom Reichstag dem Steuerauschuß überwiesen worden, nachdem es unter heftigen Kämpfen den Reichswirtschaftsrat und den Reichsrat passiert hat.

Der gegenwärtige Gesetzentwurf enthält im Gegensatz zum vorjährigen je sechs Einzelgesetze, nämlich: das eigentliche Steuervereinheitlichungsgesetz, das Grundsteuerrahmengesetz, das Gewerbesteuerrahmengesetz, das Gebäudeentwöhnungsgesetz, das Steueranpassungsgesetz und das Gesetz über den Uebertritt von Beamten in den Reichsdienst aus Anlaß der Steuervereinheitlichung.

Im einzelnen enthalten die Gesetze folgende Vorschriften. Das eigentliche Steuervereinheitlichungsgesetz regelt nur den Zeitpunkt des Inkrafttretens der anderen fünf Gesetze. Es legt diesen auf den 1. April 1930 fest. Doch ist mit einer Hinausschiebung dieses Termines zu rechnen, da nicht anzunehmen ist, daß die ungeheure Gesetzgebungs- und Organisationsarbeit, die das Gesetz nach sich ziehen wird, wie z. B. die Uebernahme der Steuerbeamten in die Finanzämter des Reiches, deren Neugliederung, Neubildung der Steuerämter und Finanzgerichte, bis zu dem in Aussicht genommenen Zeitpunkt wird durchgeführt werden können.

Das Grundsteuerrahmengesetz deckt sich im wesentlichen mit den schon jetzt in den einzelnen Ländern erhobenen Steuern vom landwirtschaftlichen, vom Grundvermögen und von den Betriebsgrundstücken. Die Grundlage der Steuerberechnung, die Bewertung, wird die Einheitsbewertung nach dem Reichsbewertungsgesetz sein. Schulden, die auf dem Besteuerungsgegenstand ruhen, dürfen nicht abgezogen werden. Die Steuer wird nach einem bestimmten Hundertsatz des sog. Steuermaßbetrages berechnet, der 10 vom Tausend des Einheitswertes betragen soll. Der Steuerfuß darf nicht nach Größe und Wert des Steuergegenstandes unterschieden sein, und muß für landwirtschaftliche Grundstücke und Betriebsgrundstücke einerseits und städtische Grundstücke und Betriebsgrundstücke andererseits nur einheitlich festgesetzt werden.

Das Gewerbesteuerrahmengesetz läßt wie bisher die Möglichkeit offen, neben der Gewerbeertragsteuer entweder die Gewerbetaxialsteuer oder die Lohnsummensteuer oder beide zu erheben. Der Steuerfuß beträgt bei der Gewerbeertragsteuer

für die ersten 1200 RM.	15 Proz.
für die weiteren 1200 RM.	3 „
für die weiteren 1200 RM.	4,5 „
darüber hinaus	6 „

Bei der Gewerbetaxialsteuer beträgt der Steuerfuß 0,5 Prozent, bei der Lohnsummensteuer 0,4 Prozent. Kleinere Betriebe genießen noch gewisse Ermäßigungen. Im übrigen sind Abstufungen nach Wert und Umfang des Steuergegenstandes unzulässig. Lediglich für das Schaftgewerbe, für Filialen von Versicherungen, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmungen ist eine Erhöhung des Steuerfußes bis zu 20 Prozent des Steuerobjektes zugelassen. Das Steuerjahr umfaßt die Zeit von 1. April bis zum 31. März. Zahlungstermine sind der 15. der Monate Mai, August, November und Februar.

Die Gebäudeentwöhnungssteuer, in einigen Ländern Hauszinssteuer genannt, wird in zwei Formen, als Sachhaltungs- und als Gebäudeentwöhnungssteuer erhoben. Besteuerungsgrundlage sind die Friedensmiete, die Werte des Eigenkapitals und der dinglichen Belastung. Bei der Sachhaltungssteuer beträgt der Steuerfuß für ein Eigenkapital von je vollen 10 Prozent der Friedensmiete 1 1/2 Prozent der Friedensmiete, die Entwöhnungssteuer je 5 Prozent der Friedensmiete für jede Belastung von 10 Prozent des Friedenswertes. Bei Grundstücken, die in der Zeit vom 31. Dezember 1919 bis zum 15. November 1923 zu einem Goldmarktpreise vor nicht mehr als 50 Prozent des Friedenswertes gekauft wurden, erhöht sich die Entwöhnungssteuer auf 50 Prozent. Dieser Satz ermäßigt sich von 1932 ab auf 45 Prozent, vom Jahre 1937 ab auf 40 Prozent. Ausnahmen können beantragt werden bei Käufen von Verwandten bis zum dritten Grade, Schwerekriegsbeschädigten, verdrängten Grenzlandsdeutschen. Die Veranlagung der Entwöhnungssteuer soll nur einmalig erfolgen. Nach Ablauf von drei Jahren nach Inkrafttreten wird die Reichsregierung prüfen, ob ihre Weitererhebung angebracht ist.

Das Anpassungsgesetz enthält die mit der Steuerreform verbundene Verringerung der bestehenden Steuergesetze, insbesondere der Abgabenordnung, des Reichsbewertungsgesetzes, des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftsteuergesetzes, des Umsatzsteuergesetzes u. a.

Bei der Uebernahme der Beamten der Länder und Gemeinden in den Dienst des Reiches handelt es sich um den Kampf der Landesbeamten um ihre wohl-

erworbenen Rechte und der Reichssteuerbeamten, in ihren Rechten nicht durch die vielfach bessergestellten, zu übernehmenden Beamten beeinträchtigt zu werden.

Das Reich klagt gegen Bayern.

Auf Grund eines Kabinettsbeschlusses. — Reichspostminister Schädel ist dagegen.

Der Reichsinnenminister Severing hat beim Staatsgerichtshof eine Feststellungsklage gegen die bayerische Regierung beantragt, und zwar auf Ungültigkeit der Titelverleihungen in Bayern. Es wird befannt, daß dieser Antrag beim Staatsgerichtshof auf seinen Beschluß des Reichskabinetts zurückgeht, der schon vor zwei Wochen gefaßt wurde. Damals hat der Reichspostminister Schädel als Vertreter der Bayerischen Volkspartei im Reichskabinettsausdrücklich gegen den Antrag des Reichsinnenministers gestimmt.

Was Bayern sagt.

München. Zu der Nachricht über die Einreichung einer Feststellungsklage beim Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches wegen der in Bayern verliehenen Titel erfährt man von unterrichteter Seite folgendes: Man steht in Bayern auf dem Standpunkt, daß die von der bayerischen Staatsregierung verliehenen Titel den Vorschriften des Artikels 106 Absatz 4 der Reichsverfassung nicht widersprechen, weil sie stets mit Beziehung zu einem Amt oder einem Beruf verliehen worden sind.

Vorbereitungen für die Palästinafahrt des „Graf Zeppelin“.

Friedrichshafen. In Friedrichshafen wird mit allen Kräften an der Vorbereitung der Regypten-Palästina-Fahrt des „Graf Zeppelin“ gearbeitet, die entweder noch Ende dieses Monats oder Anfang März durchgeführt werden wird.

Die Verlängerung der Krisenunterstützung genehmigt.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten nahm den sozialdemokr. Antrag an, der die Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle Berufe und die allgemeine Verlängerung der Bezugsdauer der Krisenunterstützung auf 52 Wochen fordert. Der dritte Teil des Antrages, über den Wegfall jeder Beschränkung der Bezugsdauer für Unterstützungsempfänger über 40 Jahre, wurde zurückgezogen zugunsten einer Entschließung, die ebenfalls angenommen wurde. Zu einem volksparteilich-demokratischen Antrag, der für die älteren Angestellten die Krisenunterstützung allgemein mindestens bis zum 4. Mai 1929 ausdehnen will, wurde ein sozialdemokratischer Zusatzantrag angenommen, der dieselbe Vergünstigung auch für die Arbeiter verlangt. Dem so erweiterten Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen — mit Ausnahme der Angestelltenvertreter — zugestimmt.

Ein neues Polizeikostengesetz in Preußen.

Wie man mitteilt, hat das Preussische Staatsministerium dem Staatsrat den Entwurf eines neuen Polizeikostengesetzes zugeleitet. Der Entwurf sieht ein gerechteres und vereinfachtes Veranlagungsverfahren zu dem Beitrag vor, welchen die Städte mit staatlicher Polizei zu den Kosten dieser Polizei zu leisten haben. Der Entwurf bildet dadurch ebenfalls ein Stück Verwaltungsvereinfachung: Beamte werden erspart und gleichzeitig langwierige unnütze Verwaltungsverhandlungen vermieden. Der Polizeilastenausgleich zugunsten der Gemeinden mit kommunaler Polizei ist in dem Gesetzesentwurf noch nicht vorgesehen, da dieser Lastenausgleich die Städte mit staatlicher Polizei stark belasten würde.

Ein neues Parseval-Luftschiff im Bau.

Berlin. Die Wasser- und Luftfahrzeuggesellschaft hat auf ihrer Luftschiffwerft Seddin bei Stolp in Pommern nach längerer Unterbrechung den Luftschiffbau wieder aufgenommen und hat zur Zeit ein kleines Parseval-Naah-Luftschiff für sportliche und wirtschaftliche Zwecke im Bau. Die Probe- und Abnahmezüge werden im April stattfinden.

Konkordatsitzung des Zentrums.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags hielt am Donnerstagabend eine Fraktions-sitzung ab, in der die Konkordatsfrage besprochen wurde. An der Sitzung nahmen vom Reich auch die Herren Kaas und Stegerwald teil.

Politische Rundschau.

6000 Engländer am Rhein. In Beantwortung einer Anfrage erklärte der englische Kriegsminister im Unterhaus, daß die Stärke der britischen Besatzungsarmee am Rhein am 1. Januar annähernd 6000 Mann betragen habe und daß sich diese Truppen sämtlich in der Umgebung von Wiesbaden befänden.

Verhaftung De Valeras. Der Führer der irischen Republikaner, De Valera, ist in der Nähe der Hafenstadt Newry verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte auf Grund eines schon seit sehr langer Zeit bestehenden Dekrets, das ihm das Betreten des Gebietes von Ulster untersagt.



Die verstorbene Königin-Mutter Maria-Christina von Spanien, die Tochter des Erzherzogs Karl-Ferdinand von Oesterreich.

Die Armee der Arbeitslosen in Deutschland

Januar 1929
2.017.000

Dezember 1928
1.415.000

Dezember 1927
1.002.000



1 Mann = 10000

Frankreich hat keinen Arbeitslosen

Kommunistisches Lärmkonzert.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung, Donnerstag, den 7. Februar.

Im Reichstag wurde ein Antrag der Wirtschaftspartei, die Regierung möge die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die durch die Reichsbewehrung- und Vermögenssteuerdurchführungsbestimmungen für das Grundvermögen geschaffenen diktiven Einheitswerte auf die tatsächlichen Ertrags- bzw. gemeinen Werte zu reduzieren, an den zuständigen Ausschuss überwiesen. Dem Protokoll und Notenwechsel zum deutsch-französischen Handelsabkommen und dem Notenwechsel zu der deutsch-französischen Vereinbarung über den Warenverkehr mit dem Saarbezirk wurde zugestimmt. Eine längere Debatte, entspannt sich bei der zweiten Beratung des deutsch-litauischen Handels- und Schifffahrtsvertrages. Der deutsch-nationale Abg. von E. v. B. sprach die Zustimmung seiner Fraktion aus. Er wies aber auch auf die Opfer hin, die manche Wirtschaftszweige bringen müßten. Die Zustimmung solle ein entsprechendes Echo in Litauen finden. Er lenkte die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes auf die ungünstige Behandlung deutscher Grundbesitzer in Litauen.

Aehnliche Worte fand der Sozialdemokrat Lufft. Dann aber ereignete sich, wie jetzt fast an jedem Tage,

Stürmische Szenen

im Parlament. Der Kommunist Kollwitz lehnte den Vertrag ab, da er Ausnahmestimmungen gegen die Kommunisten enthalte. Unter starker Unruhe der Sozialdemokraten behauptete er, daß 50 litauische Emigranten aus Ostpreußen ausgewiesen würden, um sie dem Henter Woldemaras auszuliefern. Als der Redner einen Appell an die deutschen und litauischen Arbeiter richtete, diese Ausweisungsmaßnahmen zu verhindern, rief ihn der Präsident Löbe zu Sade. Der Redner wandte sich dem Präsidenten zu und sagte: „Sie haben natürlich die Aufgabe, den Henter Woldemaras zu verteidigen!“ Präsident Löbe entgegnete: „Abgeordneter Kollwitz, das ist eine solche Ungehörigkeit, daß ich Sie auffordere, den Saal zu verlassen.“ Darauf brachen die Kommunisten in wüsten Loben aus. Der Abg. Hörnle rief den Sozialdemokraten Schmähdworte zu, die aber im allgemeinen Loben untergingen. Präsident Löbe verließ sich langsam mit der Glocke Ruhe.

„Abgeordneter Hörnle,“ sagte er, „Sie haben gegen Abgeordnete des Hauses Beschimpfungen, wie „Hunde“ usw. gebraucht. Ich fordere Sie deshalb gleichfalls auf, den Saal zu verlassen.“ Da Hörnle der Aufforderung nicht Folge leistete, unterbrach der Präsident die Sitzung auf 5 Minuten.

Nach der Wiederaufnahme der Sitzung teilte er mit, daß

für 8 Tage von den Sitzungen des Reichstags ausgeschlossen

sei. Der Abg. Kollwitz, der den Saal sofort verlassen habe, sei nur für heute ausgeschlossen worden. Der Kommunist Zörgler fragte in dauernden Zwischenrufen den Präsidenten, warum die „Immertreu-Puffer“ keine Ordnungsstrafe erhalten hätten. Zörgler erhielt einen Ordnungsruf, der Kommunist Jabsch zwei Ordnungsrufe.

Als der Abg. Soeder das Wort zur Geschäftsordnung verlangte, erklärte der Präsident unter Beifall: „Ich werde jetzt das Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilen. Ueber die Ordnungsmaßnahmen des Präsidenten gibt es keine Debatte. Ich verweise auf den geschäftsordnungsmäßigen Beschwerdeweg.“

Nachdem die Ruhe wiederhergestellt ist, wird der deutsch-litauische Handelsvertrag in zweiter und dritter Beratung angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Abkommens zur Beilegung der finanziellen Streitfragen mit Rumänien. Der Gesetzentwurf wurde in zweiter und dritter Beratung gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Dann fand die erste Beratung des Arbeitsschutzgesetzes statt.

Der Reichstag hat beifällig dem Entwurf zugestimmt, jedoch in einer Entschließung verlangt, daß den Ländern die ihnen erwachsenden Kosten vom Reich getragen werden sollen.

Reichsarbeitsminister Wiffell

begründete die Vorlage. Die Verfassung schreibe vor: „Das Reich schafft ein einheitliches Arbeitsrecht. Eines der wichtigsten Ge-

biete des Arbeitsrechts sei der Arbeitsschutz. Die heutige Bunt-schiedigkeit sei unerträglich, eine Vereinheitlichung geboten. Deutschland sei auch Mitglied der internationalen Arbeitsorganisa-tion. Erst das Arbeitsschutzgesetz werde die Ratifizierung ver-schiedener internationaler Entwürfe ermöglichen. Der Minister gab anschließend einen Ueberblick über den Inhalt des Gesetzes. Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vp.) empfiehlt, in die Aus-schussberatung des Entwurfs erst einzutreten, wenn auch das Bergarbeitersgesetz vorliegt.

Eine Notwendigkeit für das Gesetz sei zur Zeit nicht gegeben.

auch nicht wegen der Ratifikation des Washingtoner Abkommens. Der Redner bezweifelt, daß der Entwurf den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft gerecht wird. Zweifelloos bringe er eine starke Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Wirtschaft.

Der Sozialdemokrat Grafmann erklärte, die Durchführung des Achtstundentages und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens seien Forderungen aller Gewerkschaftsrichtungen. Unter diesem Gesichtspunkt enttäusche der Entwurf. Er forderte zahlreiche Verbesserungen. Für die Deutschnat.-nat. Volkspartei gab der Abgeordnete Hartmann eine kurze Erklärung ab, in der gegen die übereilte Beratung der Vorlage, die erst vor einigen Tagen dem Reichstag zugegangen sei, protestiert wurde. Eine solche Behandlung wichtiger Gesetze schädige das Ansehen des Reichstages. Die Weiterberatung des Entwurfs wurde auf Frei-tag 12 Uhr vertagt.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages war im Hinblick des Austritts des Zentrums aus der Regierung, die Kritik bemerkenswert, die der Abgeordnete Schreiber (Zentr.) am Haushalt des Auswärtigen Amtes übte. Er betonte, daß das Amt vor dem Kriege 19 Millionen gekostet habe. Heute koste es über 67 Millionen.

Der Reichsrat stimmt der Handwerksnovelle zu.

Der Reichsrat nahm eine Reihe von Gesetzen endgültig an, so die Handwerksnovelle, das Gesetz zur Entlastung des Reichsgerichts, den Kellogg-Pakt, den Handelsvertrag mit Litauen und das Abkommen mit Rumänien zur Erledigung finanzieller Schwierigkeiten.

Ausklang der innenpolitischen Aussprache.

Preussischer Landtag.

43. Sitzung vom Donnerstag, dem 7. Februar.

In der fortgesetzten Beratung des Innenetats sprach zunächst der Abgeordnete Haas (Soz.). Er warnte davor, insbesondere in Personalfragen, Einzelverfehlungen in den Vordergrund zu schieben. Er suchte den Nachweis zu führen, daß die Armut Preußens nicht auf die kostspielige Verwaltung zurückzuführen sei. Im übrigen schob er für die vielfachen Ungemein-dungen die Schuld dem Landtage zu, der immer wieder eine große Ungemeindungs-vorlage gefordert habe. — Sodann sprach, vor fast leerem Hause, der Kommunist Schwent.

Abg. Dr. von Eyern (D. Vp.) trat den Ausführungen des Abg. Pohl von der Aufwertungspartei entgegen. Die Ver-luste infolge der Inflation könne man nirgends in der Welt ganz wieder beseitigen.

Abg. Ruschke (Dem.) forderte u. a. eine noch mildere Handhabung des Einbürgerungswesens. Abg. Leonhard (Wirtschaftsp.) erblickte in den Reden des Ministers nur Rech-fer-tigung-versuche seiner Partei, eine eigentliche Etatsrede habe man nicht gehört.

Damit war die Aussprache zum ersten Abschnitt beendet, und es folgte die zum Etatsabschnitt Polizei und Landjäger. Abg. Marwald (Soz.) trug die Wünsche seiner Partei für die Polizeibeamten vor. Darauf wurde die Weiterberatung auf Frei-tag 11 Uhr vertagt.

Stadt und Land.

Jubiläen und Gedenktage

9. Februar.

1834 Felix Dahn, Professor in Königsberg und Breslau, Schriftsteller, in Hamburg geb.

Sonne und Mond

9. 2. Sonne: U. 7.31, U. 16.58. Mond: U. 8.00, U. 16.24.

Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.

Instandsetzungen von Altwohnungen.

Der Minister für Volkswohlfahrt sieht sich veran-lagt in einem Runderlaß auf die Bedeutung einer plan-mäßigen Wohnungsaufsichts- und Wohnungspflege nach-drücklich hinzuweisen. In alten Wohngebäuden ist wertvolles Volksvermögen verankert, dessen Erhaltung

auch im Interesse der Ueberwindung der Wohnungsnot dringend erwünscht ist. Aber auch die neuerrichteten Wohnungen müssen hinsichtlich ihrer Benutzung und Be-handlung überwacht werden. Eine geordnete Wohnungs-aufsicht und Wohnungspflege ist vor allem für die Förderung der Volksgesundheit unerläßlich. Der Minister ist sich bewußt, daß es unter den gegenwärtigen Ver-hältnissen nicht möglich ist, alle Schäden und Mißstände zu beseitigen, daß insbesondere die Räumung überfüllter und gesundheitlich nicht einwandfreier Wohnungen zur Zeit vielfach nicht durchgeführt werden kann, weil es überhaupt an ausreichenden Wohnräumen mangelt. Dieser Umstand rechtfertigt aber nicht, daß auf die Ausübung einer planmäßigen Aufsicht überhaupt verzichtet wird, denn die größten Mängel werden auch unter den gegen-wärtigen Verhältnissen beseitigt werden müssen. Laut § 1 des Wohnungsgesetzes hat sich der Gemeinde-Vorstand von den Zuständen im Wohnungswesen fortlaufend Kenntnis zu verschaffen und auf die Fernhaltung und

LICHTSPIELE

Telefon 182 Gesellsch. Haushaltshaus Telefon 182

Sonnabend Sonntag

John Barrymore

in

Don Juan

der grosse Liebhaber

Der schönste und prächtigste Film des Jahres
Die Abenteuer des berühmten Liebhabers
am Hofe

Lucrezia Borgia

8 Akte

Larry in der Sägemühle

Lustspiel in 2 Akten

Deuligwoche

CAFÉ REICHSHALLEN

Heute Freitag, sowie jeden Sonntag nachm.

KONZERT

Um geneigten Zuspruch bittet
KONRAD JAGNOW. 8950

SCHÜTZENHAUS

Sonnabend, den 9. d. Mts.

Gr. Tanzabend

Es spielt wie immer die beliebte
Jazz-Kapelle Staedt

Beginn 8 Uhr Eintritt frei

KUNSTGEMEINDE

4. Konzertabend

Pianistin

Frau Frieda Kwast-Hodapp.

Sonnabend, den 9. Febr. abends 7 Uhr
ganz pünktlich bei Slegner. 8947

WALDOW.

Am Sonntag, den 10. d. Mts., von nachm. 5 Uhr
ab feiert der Kriegerverein sein diesjähriges

Wintervergnügen

in den Räumen des Kameraden Rauz, wozu
Freunde und Gönner herzlichst eingeladen sind

Der Vorstand. 8937

Der Kriegerverein Gadgen

feiert am Sonnabend, den 9. d. Mts., sein

Wintervergnügen

in den Räumen des Gastwirts Klammer.

Anfang 5 Uhr Musik: Forstersche Kapelle.

Gäste und Freunde sind willkommen

Der Vorstand. 8948

Feuer- und Lebensversicherung

Agentur f. Rummelsburg u.

Umgegend ist neu zu besetz. Angeb.

General-Agentur der

Norddeutsche Versicherungs-Gesellschaft in
Augustastr. 13.

Zwangsversteigerung.

Am Sonnabend, den 9.
2. 29, vorm. 10 Uhr werde
ich im Gesellschaftsh. Stielow

1 Geldschrank

öffentlich meistbietend gegen
sofortige Barzahlung ver-
steigern. (8951)

Rummelsburg, den 8. 2. 29

Sarkens, Obergerichtsvollz.

1 Kühlraum,

1 Eisschrank,

1 Ladentisch,

mit Marmorplatte und

Messingwaage

4 Mtr. lang

3 Fleischlöbe

und anderes mehr
steht zum Verkauf (8936)

Otto Stremow,
Baiznamlicher
Kollfahrunternehmer.

Gänse-Pöckelfleisch,
Seelachs in Schb.,
Büdlinge, Sprotten,
Tomaten,

empfehl (8941)

Paul Behnert,

HOTEL VÖLZKE

Dienstag, den 12. Februar

grosse Fastnachtsfeier

// Souper ab 20 Uhr //

Musik: Stolper-Stahlhelmkapelle

Der Berein für Einheitskurzschrift

beabsichtigt in Kürze einen

Lehrgang für Einheitskurzschrift

abzuhalten.
Anmeldungen werden am Montag, den 11. 2.
und am Donnerstag, den 14. 2. in der hiesig.
Stadtschule entgegen genommen. (8945)

Viehverwertungsgenossenschaft Altfolziglow und Umgegend e. G. m. b. H.

Jeden Montag, vorm. 8 - 10 Uhr Ab-
nahme v. Schlachtvieh auf Bahnhof Barnow

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, den 10. Februar.

Rummelsburg: 10 Uhr Gottesdienst, Probepredigt Pastor
Kewald. 11,15 Uhr Beichte und Heil. Abendmahl
Pastor Fund. 2 Uhr Kindergottesdienst. 5 Uhr
Gottesdienst Pastor Maaß. 4 Uhr Vorstellung der
Jahresfeststücke für Kinder im Jünglingshause. 5
Uhr Jünglingsverein. 8 Uhr Jahresfest des Jung-
mädchenvereins im Jünglingshause. Montag 8 Uhr
Frauenhilfe. Donnerstag 8 Uhr Vorbereitung für
Kindergottesdienst.

Katholisches Pfarramt. 10 Uhr: Hochamt und hl. Segen,
nachmittags 3 Uhr: hl. Segen, wochentags 7 Uhr:
hl. Messe. Aschermittwoch 8 Uhr Gottesdienst.

Großholz: 2 Uhr Gottesdienst. Probepredigt Pastor Kewald
Einführung der gewählten Mitglieder der kirchlichen
Körperschaften Pastor Maaß.

Salkenhagen: 8,30 Uhr Gottesdienst.
Reinfeld: 10 Uhr Gottesdienst. 11 Uhr Kindergottesdienst
Mittwoch, 13. Febr., 18 Uhr Bibelstunde.

Techlipp: 10 Uhr Gottesdienst.
Behwig: 2 Uhr Gottesdienst.

Kauft bei unseren Inserenten!!!!

Bommercher Hof

Julius Lamotte

(8943)

Nur Sonntag, den 10. Febr., 4,30 u. 8,15 Uhr

Der große deutsche Monumentalfilm der Millionen-Klasse

Der Held der Arena

Ein Meisterwerk deutscher Lichtspielkunst ist dieser gigantische Groß-
film mit 10000 Mitwirkenden und der spannenden mitreißenden
Handlung. — Raub der Helena. — Das Wagenrennen in der Aeno.
— Die große Seeschlacht. — Der gewaltige Kampf der Völker
Griechenlands gegen die Trojaner. — Die List mit dem Riesenpferd.
— Die Nacht des Todes und Sieges. — Der Untergang Trojas. —
Ein Blick auf die ausgestellten Photos wird Ihnen einen Einblick von
der gewaltigen Größe dieses Kunstwerkes geben

Darsteller: Albert Steinrück — Bladinie Gaidorow — Carl
de Vogt — Albert Bassermann — Fritz Ullmer — Carlo Albini —
Karl Lamaß — Edy Dorka — Adele Sandrock — Karl Büsten-
hagen usw.

Künstlerisch!

Jugendfrei!

Volksbildend!

Da staunste

Eine Komödie in 2 Akten.

Emelta-Woche 4/1929.

Schüler zahlen nachm. 4,30 Uhr auf allen Plätzen halbe Preise.

Die Fähigkeit, Klavier zu
spielen ist eine Quelle nie
vergänger Freude. Durch
meine bekannten, günstigen
Preise und bequemen Zah-
lungsbedingungen ermögli-
che ich auch weniger begüterten
Kauflehabern die (8911)

Anschaffung eines guten Klaviers

Verlangen Sie bitte un-
verbindliche Auskunft!

Bartholdt
Pianohandlung, gegr. 1788
Stettin, Kaiser Wilhelmstr. 51.

heute, Freitag von 6 Uhr
abends ab (8942)

warme Blut- u. Leberwurst

empfehl

Ernst Meinte.

Etwas Gutes
für Haare und Haarboden
ist Dr. Erke's edter

Brennessel - Geist

Mark 1,50 Mark 2,25
Hochprozentig

Apotheke Rummelsburg

Bei Rheumatismus!

Gicht, Reizen ist Dr. Bußlebs
australisches Eucalyptusöl
unentbehrlich.

Drogerie Anhold, Bahnhofstr. 67.

Kasseler

empfehl (8957)

Ernst Meinte.

1 Paar neue (8993)

Schneeschuhe

preiswert zu verkaufen.

H. Dahlke, Kafelgartenstr. 3

Suche z. 15. 2. ein sauberes
ehrliches (8938)

Mädchen

Mattick, Friedrichshuld.

Wir sind Käufer für
größere Gutsposten

Stroh

und stellen auf Wunsch
eigene Pressen, Preß-
meister und Draht.

Wir liefern frei jeder
Bahnstation

Dachrohr

8839) auch

Stroh

Gest. Angebote und
Anfragen erbitten

Rösliner Häfelwerke

Neu rollt das Blut in
Ihren Adern, wenn Sie
ein Gläschen

W. Ullrichs

Kräuterwein

bei Mißstimmung
und Unbequem-
lhes Magens

zur Unterstützung der
Verdauung zu sich
nehmen.

Zu haben in

Apotheken u. Drogerien
bestimmt in der Germania-
Drogerie, Otto Lunow,
Engel-Drogerie, Bahnhof-
str. 59, Victoria-Drogerie.

Hochtragende (8956)

Ruh

steht zum Verkauf.
Zander, Juliendorf.

Älteres, ehrliches, sauberes
Mädchen, welches et-
wann, zum 15. Februar gesucht.
Zu erfragen bei der Zeitung.

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen und Warzen

beseitigt schnell, sicher und unblutig

Kukirol

Verlangen Sie in der nächsten Kukirol-Verkaufsstelle ausdrücklich
die neue Packung mit dem Garantieschein, denn Sie erhalten dann
bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!
Eine Packung Kukirol mit dem Garantieschein kostet 1 Mark.

Preise:
20-68
45-77
87-68
74-75
79-76
71-71
69-71

LONG
Zäpfchen
gute
und Me-
llen